

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Nachtrag vom 26. November 1953

Blatt 1991

WdU-Bezirksräte gegen Verzichtserklärungen

=====

26. November (RK) Die WdU-Bezirksräte des 1. Bezirkes Aust, Dr. Pölzl und Dr. Miltschinsky haben an die Magistratsdirektion ein Schreiben gerichtet, in welchem sie erklären, daß sie weiterhin ihr Mandat im Rahmen dieser Wahlpartei ausüben werden und daß Verzichtserklärungen, von welcher Seite sie auch eingebracht werden, ungültig sind.

Freitag, 27. November 1953

Späterer Betriebsbeginn auf der Autobuslinie 30

=====

27. November (RK) Ab Sonntag, den 29. November, fährt an Sonn- und Feiertagen, der Jahreszeit entsprechend, bis auf weiteres der erste Autobus der Linie 30 ab Troststraße, Tolbuchinstraße nach Liesing um 7 Uhr und ab Liesing, Rathaus nach Troststraße um 7.32 Uhr.

Allgemeine Viehzählung 1953

=====

27. November (RK) Am 3. Dezember findet die Allgemeine Viehzählung statt. Gezählt werden Pferde, Maultiere, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Kaninchen, das Federvieh und die Bienenvölker. Gleichzeitig wird auch die Zahl der Kälber-Lebendgeburten und der Hausechlechtungen von Stechvieh während des abgelaufenen Quartals sowie der für die Zeit vom 4. Dezember

bis 3. März 1954 beabsichtigte Verkauf von Vieh erhoben.

In Wien werden die Erhebungen von den Magistratischen Bezirksämtern durchgeführt, die hiefür amtliche Zähler bestellen. In jeder Haushaltung, die für die genannten Erhebungen in Betracht kommt, muß am Zähltag eine Auskunftsperson anwesend sein. Hat am Zähltag kein Zähler vorgesprochen, so ist der Viehhalter verpflichtet, am nächsten Tag beim Magistratischen Bezirksamt (bei der Amtsstelle, Ortsvorsteherung) die erforderlichen Angaben zu machen. Die Unterlassung dieser Meldung sowie wahrheitswidrige oder unvollständige Auskünfte bei der Zählung sind strafbar.

Die bei diesen Erhebungen gemachten Angaben der Viehbesitzer dürfen nur für die Statistik verwendet werden. Sie sind für andere Personen oder Behörden nicht zugänglich.

Christian Doppler zum Gedenken

=====

27. November (RK) Auf den 29. November fällt der 150. Geburtstag des Mathematikers und Physikers Christian Doppler, zu dessen 100. Todestag im März dieses Jahres in der Rathaus-Korrespondenz eine ausführliche Würdigung erschien.

Prof. Dr. Doppler hat in Wien studiert und später an der Technischen Hochschule sowie an der Universität gewirkt. Sein Name ist durch die Entdeckung des nach ihm benannten Prinzips, das ein Phänomen von größter Tragweite erklärt und besonders für die Astronomie grundlegende Bedeutung hat, für immer in die Geschichte der Wissenschaft eingegangen.

70. Geburtstag von Franz Zaribnicky

=====

27. November (RK) Am 28. November vollendet der Vorstand der Lehrkanzel für Milchhygiene, Lebens- und Futtermittelkunde an der Tierärztlichen Hochschule Professor Dr. med. vet. et med. univ. Franz Zaribnicky sein 70. Lebensjahr.

Ein gebürtiger Wiener, wurde er 1913 Privatdozent, 1928 ordentlicher Professor und bekleidete in den Studienjahren 1935 bis 1937 die Rektorswürde. Weiter fungierte er u.a. als Mit-

glied des Obersten Sanitätsrates und als Vorsitzender des Ernährungsbeirates im Bundesministerium für Volksernährung. Die Arbeiten Prof. Zaribnickys, der Mitherausgeber der Wiener Tierärztlichen Monatsschrift, Mitarbeiter verschiedener Fachzeitschriften und Mitglied wissenschaftlicher Vereinigungen ist, erstrecken sich auf Methoden der Milchprüfung und Milchuntersuchung, auf medizinisch-chemische Forschungen sowie auf Fragen der Tierernährung und Futtermittelkunde. Er hat auch an der Hochschule ein Institut für Milchhygiene, Lebensmittel- und Futtermittelkunde geschaffen und ausgebaut.

Gesperrt bis 15 Uhr

Ehrenmedaille für John Gorski
=====

27. November (RK) Der Wiener Gemeinderat beschloß heute, John Gorski für seine in den Jahren 1945 bis 1947 geleistete karitative Tätigkeit den Dank der Stadt Wien durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zum Ausdruck zu bringen.

John Gorski wurde am 3. Juni 1885 in Czenstochau geboren und besuchte in seiner Heimat die Volks- und Mittelschule. Rechtswissenschaft studierte er an den Universitäten Zürich und Wien. Im Jahre 1909 trat er als Beamter bei der Mercur-Bank ein, wo er bis 1918 tätig war. 1915 erhielt er die silberne Ehrenmedaille vom Roten Kreuz mit der Kriegsdekoration für besondere Arbeiten zu Gunsten der Kriegsgefangenen. Nach 1918 wurde er Direktor des West-Ost-Europäischen Warenaustausches und Aufsichtsrat bei mehreren gemeinnützigen Unternehmen, Revisor bei der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie sowie Genossenschafts- und Vereinsrevisor beim Oberlandesgericht Wien. Neben seiner beruflichen Tätigkeit hatte er seine ganze Kraft dem Volksbildungs- und Erziehungswesen in uneigennützig-er Weise gewidmet. Er war Vorstandsmitglied des Vereines Volkshochschule (Ludo Hartmann-Platz) und Gründer der Volkshochschule Landstraße. Daneben betätigte er sich als Fürsorge-rat der Stadt Wien. Im Jahre 1938 emigrierte er nach Amerika. Dort stellte er sich 1945 in den Dienst der amerikanischen

27. Nov. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1994

Hilfsaktionen für Wiener Kinder und wurde Initiator und Leiter der großen Hilfsaktion "American Friends of Austrian Children". Er brachte hunderte Tonnen Lebensmittel in der Notzeit von Amerika nach Österreich und bemüht sich auch weiterhin, den österreichischen Kindern zu helfen. Seine karitative Tätigkeit übt er unentgeltlich aus.

Professor Hoff sprach zu jungen Musiklehrern
=====

27. November (RK) Gestern wohnten die in einer, 1952 von Regierungsrat Lustig-Prean gegründeten Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten Junglehrer und Absolventen der Musiklehranstalten der Stadt Wien einem Vortrage von Univ.Prof.Dr. Hans Hoff über "Schwierigkeiten der Jugend und ihre Beziehung zum künstlerischen Schaffen" bei. Der große Nervenarzt erschloß in seinen fesselnden Ausführungen viele Probleme, die sich, großteils freilich unbewußt, für den Musikstudenten und den jungen Musiklehrer in der Praxis ergeben, ordnete die immer bewegenden und oft bestürzten Eindrücke dieses vielfach unerforschten Neulandes und zog die unabweislichen Folgerungen, die für den als Musikpädagogen tätigen künstlerischen Menschen so wichtig sind. An den Vortrag schloß sich eine rege Wechselrede an.

Wiener Gemeinderat

=====

27. November (RK) Bürgermeister Jonas eröffnet die Sitzung um 11.10 Uhr. Er teilt mit, daß von der Wahlpartei der Unabhängigen 5, vom Linksblock 2 und von der ÖVP 2 Anfragen eingelangt sind. Die Gemeinderäte Adelpoller und Genossen (SPÖ) haben eine Anfrage betreffend Strom- und Gasschulden der Usia-Betriebe an den Bürgermeister gerichtet und die Verlesung verlangt. (Die Anfrage wird am Schluß der Sitzung verlesen.)

Gemeindehaus in der Plenergasse

Berichterstatter GR. Wiedermann (SPÖ) stellt den Antrag, die Ausführung eines städtischen Wohnhauses auf der Liegenschaft Wien 18, Plenergasse 12, die im Enteignungswege zu erwerben sei, zu beschließen. In der Plenergasse befinden sich noch zwei Baulücken. Während in dem einen Fall der Grund von der Gemeinde erworben werden konnte, haben im gegenständlichen Falle die Verhandlungen zu keinem Verkaufsabschluß geführt, weil die Besitzerin des Grundstückes nicht bereit war, den Verkauf zu tätigen.

GR. Dipl.Ing. Haider (WdU) meint, die Enteignungspraxis der Gemeinde sei bei der Bevölkerung unpopulär, solange nicht die üblichen Marktpreise gezahlt werden. Bei solchen Enteignungen handle es sich immer um den Preis. Wenn die Gemeinde bereit gewesen wäre, den entsprechenden Preis zu zahlen, hätte sie auch in diesem Fall einen Verkauf erreicht. Die Unabhängigen werden daher dieser Enteignung nicht zustimmen.

GR. Arch. Lust (ÖVP) erklärt, es sei eine geschäftstüchtige Hand an der Arbeit, die mit geradezu atemberaubender Schnelligkeit arbeite und alles daransetze, daß auf der Tagesordnung jeder Gemeinderatssitzung wenigstens eine Enteignung stehe. Die Eigentümerin des Grundstückes Plenergasse 12 habe sich bereit erklärt, in Verkaufsverhandlungen einzutreten, davon sei jedoch keine Notiz genommen worden. Diese Art von Grunderwerb müsse mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Mit dem Enteignungsparagraphen werden jeder Expropriation bedenkenlos Tür und Tor geöffnet. Die Volkspartei verschließe sich keinesfalls der Notwendigkeit, Wien von allen Verunzie-

rungen des Stadtbildes freizumachen, sie verstehe es aber nicht, daß das Bauen nur ein kommunalpolitisches Monopol sein soll, dem alles unterzuordnen und jeder Eingriff in fremdes Eigentum erlaubt ist. Da alles darauf ankomme, gesunde Wohnungen zu schaffen, sollte man einen Bauförderungsfonds schaffen, der auch dem Grundeigentümer die Möglichkeit gibt, zu bauen. Mit der gegenwärtigen Enteignungspraxis schaffe man jedoch Entrechtete und Unruhe bei all denen, die Grund und Boden ihr eigen nennen, weil keiner wisse, wer das nächste Opfer der Enteignung sein wird. In diesem Falle könne die Volkspartei nur ein entschiedenes und warnendes Nein sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Maller (LBl.) betont, daß die Gemeinde, wenn sie bauen wolle, Grund und Boden braucht. Es gebe aber Menschen, die nicht bereit seien, gutwillig ihre Grundstücke der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde verlange diese Grundstücke beileibe nicht gratis, sondern erwerbe sie um einen angemessenen Preis. Nach Ansicht des Linksblocks sei es nur recht und billig, daß die Baulücken ausgenützt und ausgebaut werden. Die ÖVP habe kein Herz für den sozialen Wohnungsbau und lizitiere durch die Wohnungseigentums-Vereine die Grundpreise in die Höhe. Der Linksblock werde für den vorliegenden Antrag stimmen.

Berichterstatter GR. Wiedermann stellt in seinem Schlußwort fest, daß es der Gemeinde Wien nicht darauf ankommt, ob sie den Grund im Enteignungswege oder im Wege von Verhandlungen erwirbt. Wenn der Redner der ÖVP davon gesprochen habe, daß hier eine "geschäftstüchtige Hand" am Werke gewesen sei, so ist es merkwürdig, wenn ein Gemeinderat es tadelt, daß Beamte ihre Pflicht gewissenhaft und treu erfüllen. Die Entschädigung erfolgt nach dem Schätzpreis, wie er vom Schätzmeister festgelegt wird. Eine Enteignung ohne entsprechende Entschädigung ist in keinem Falle erfolgt. Die Gegner dieses Antrages wollen nicht offen einbekennen, daß sie im Prinzip gegen jede Enteignung sind und daß sie lieber die Privatinteressen als die Gesamtinteressen des Wiener Volkes schützen. Es wäre viel ehrlicher, wenn sie das auch aussprechen würden. Auch in diesem Falle sind Verhandlungen im Gange, um das Grundstück vielleicht doch noch auf dem Verkaufsweg zu erlangen. Wenn dies nicht

gelingt, muß im Interesse der Allgemeinheit dieser Grund ent-eignet werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf mit den Stimmen der Sozialisten und des Linksblocks angenommen.

Baubewilligung für die Rotundenbrücke

GR. Pink (ÖVP) referiert einen Antrag auf Genehmigung der Baubewilligung für eine neue Rotundenbrücke.

GR. Dr. Altmann (LBl.) spricht sich in der Debatte für den Antrag aus. Er hofft, daß der Baubewilligung die rasche Durchführung des Bauprojektes folgen wird und daß auch die anderen Donaukanalbrücken, vor allem die Schwedenbrücke bald gebaut werden. In diesem Zusammenhang verlangt der Redner, daß die Stadtverwaltung auch bald den Bau einer neuen Donaubrücke zur besseren Verkehrsverbindung mit den jenseits der Donau gelegenen Bezirken beginnen möge.

GR. Pink verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Ein Quadratmeter Kaigrund kostet 742 Schilling

GR. Lötsch (SPÖ) referiert über den Ankauf von fünf Liegenschaften am Kai zwischen Schwedenplatz und Morzinplatz durch die Gemeinde Wien. Der Ankauf war zum Ausbau der Kaistraße notwendig. In schwierigen Verhandlungen hat man sich auf folgende Preise geeig-net: fünf Grundflächen im Gesamtausmaß von 2.893 Quadratmeter werden zu einem Preis von 2,145.000 Schilling gekauft. Ein Quadratmeter kostet somit 742 Schilling.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) beschäftigt sich eingehend mit den Kaufverträgen und deren Zustandekommen. Er kritisiert, daß die Gemeindeverwaltung so hohe Preise bezahlt, obwohl ein Enteignungsverfahren anhängig war. Ferner wirft er den Besitzern der Grundstücke vor, daß sie ihre Profite den Interessen der Wiener Bevölkerung vorgezogen hätten. Er kommt zu dem Schluß, daß hier auch von seiten der Beamten die Interessen der Stadt Wien nicht wahr-genommen wurden. Man hätte der Grundstückspekulation geradezu Vorschub geleistet. Der Redner stellt abschließend zwei Anträge, und zwar auf Rückverweisung des Referentenantrages an den Gemein-deratsausschuß VI zur Prüfung, ob man nicht durch ein Enteignungs-

verfahren niedrigere Preise hätte erzielen können; der zweite Antrag verlangt vom Gemeinderat, er möge die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung auffordern, bei dem Erwerb von Grundstücken für öffentliche Zwecke von allen gesetzlichen Mitteln Gebrauch zu machen und den Preisforderungen der Grundeigentümer entschieden entgegenzutreten.

GR. Lötsch führt in seinem Schlußwort aus, daß die Gemeinde ursprünglich der Meinung war, die Liegenschaften könnten zu einem für Straßenflächen üblichen Preis erworben werden. Da die Besitzer darauf nicht eingingen, wurde ein Enteignungsverfahren eingeleitet, aber mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wieder eingestellt, da die Gemeinde keine Aussicht gehabt hätte, die Verhandlungen erfolgreich zu beenden. Die Gemeindeverwaltung hat jedoch nicht verabsäumt und Gutachten von gerichtlichen Sachverständigen eingeholt, die einen Preis von 645 Schilling pro Quadratmeter als angemessen bezeichneten. Die Grundeigentümer verlangten jedoch 850 bis 1.250 Schilling. Bei den folgenden Verhandlungen kam nun ein Vergleich auf den Preis von 742 Schilling pro Quadratmeter zustande. Die Beamten des Wiener Magistrates haben jedenfalls alles versucht, um die Grundpreise herabzudrücken. Der Referent ersucht abschließend um Annahme seines Antrages und empfiehlt, die Anträge des Linksblockes abzulehnen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Linksblockes abgelehnt, der Antrag des Referenten ohne die Stimmen des Linkeblockes angenommen.

Fürsorge ist uns Herzenssache!

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Gewährung eines Wirtschaftszuschusses für die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien. Darnach soll den Hauptunterstützten, die mit einem oder mehreren Dauerbefürsorgten in einem Haushalt leben, und den dauerbefürsorgten Einzelpersonen, die wegen der Haushaltsgemeinschaft mit Nichtdauerunterstützten nur eine Unterstützung nach dem Richtsatz für einen Mitunterstützten erhalten, ein Wirtschaftszuschuß von 20 Schilling monatlich gewährt werden.

GR. Lauscher (LBl.) bezeichnet diesen Antrag als eine teilweise Erfüllung der Forderungen seiner Fraktion. Er be-

grüße diese Besserstellung der Ärmsten von Wien, trotzdem sie, seiner Ansicht nach, nur einen kleinen Fortschritt bedeutet.

GR. Kowatsch (ÖVP) verweist auf wiederholte diesbezügliche Anträge seiner Fraktion, die schon vor längerer Zeit eine Besserstellung der Dauerbefürsorgten verlangten und nun endlich zum Erfolg führten.

Vizebürgermeister Honay erklärt, er freue sich über den Wettstreit seiner Vorredner darüber, wer an der geplanten Erhöhung den größten Anteil habe. Es hat aber keiner der Vorredner ein Wort darüber gesprochen, wie die hierfür nötigen Beiträge hereingebracht werden sollen. Es werden heuer von der Gemeinde Wien bis Ende des Jahres für die Dauerbefürsorgten rund 80 Millionen Schilling in der offenen Fürsorge ausgegeben werden. Die Gemeinde Wien brauche sich in der Leistung der offenen Fürsorge gegenüber anderen Ländern nicht zurückstellen lassen, ja sie ist sogar beispielgebend.

Vizebürgermeister Honay verweist sodann auf eine amtliche Statistik des Finanzministeriums, in der mitgeteilt wird, daß in den kleinen Gemeinden Österreichs, die ja zum größten Teil von der ÖVP verwaltet werden, pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1952 in der offenen Fürsorge 20.93 Schilling für einen Befürsorgten ausgegeben werden. In Wien jedoch wurden im Jahre 1952 pro Kopf der Bevölkerung in der offenen Fürsorge 50.45 Schilling ausgegeben. (Zwischenruf Vizebürgermeister Weinberger: Leider haben wir so traurige Verhältnisse in Wien, daß wir das ausgeben müssen. Stadtrat Afrtisch: Wir wissen schon, wer die Fürsorge eingeführt hat. Sie war nie eine Stärke Ihrer Partei!) Die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete können sich sehen lassen. Sie zeigen, daß die Mehrheitspartei in diesem Hause weiß, was sie den Bedürftigen schuldig ist. Es handelt sich hier keineswegs darum, die Anträge der Opposition in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Angelegenheit wurde in ernster Beratung mit allen Fürsorgeamtsvorständen untersucht und darnach gehandelt. Außerdem bezahlt die Wiener Gemeindeverwaltung neben diesen Richtsätzen den Zins der Unterstützten, sie bekommen im Winter eine Heizzulage von monatlich 70 Schilling, Urlauberaktionen werden durchgeführt, Tagesheimstätten stehen zur Verfügung und vieles andere wird geleistet. Wenn wir alle diese Dinge berücksichti-

gen, schloß Vizebürgermeister Honay, so ist es wohl falsch hier davon zu sprechen, daß Hungerrenten gezahlt werden und daß die Mehrheit dieses Hauses von den anderen Parteien gezwungen wird, den Menschen eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen. Wir betreiben damit keine Propaganda. Es ist uns eine Herzenssache. Wir versuchen nach Kräften, im Rahmen der gegebenen finanziellen Mittel zu helfen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Millionenschulden der Usia für Strom und Gas

Eine sozialistische Anfrage an den Bürgermeister

Am Schluß der Sitzung verliest GR. Maria Jacobi (SPÖ) als Schriftführerin folgende Anfrage der Gemeinderäte Adelpoller und Genossen (SPÖ) an den Bürgermeister, betreffend Strom- und Gasschulden der Usia-Betriebe:

"Zwei Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke, und zwar die Elektrizitätswerke und die Gaswerke, beliefern zahlreiche Industrieunternehmungen unserer Stadt, darunter auch eine größere Anzahl von Betrieben, die von der Usia verwaltet werden, mit Strom und Gas. Da die Rechnungslegung stets im nachhinein erfolgt, bestehen die Wiener Stadtwerke mit Recht auf ordnungsgemäßer Bezahlung der gelegten Rechnungen.

Nun ist bekannt, daß die Wiener Stadtwerke wohl gegen österreichische Firmen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit der notwendigen Strenge vorgehen, nicht aber gegen die von der Usia verwalteten Unternehmungen, obwohl ein beträchtlicher Teil dieser Betriebe seine Verpflichtungen in bezug auf Begleichung der ordnungsgemäß ausgestellten und fälligen Strom- und Gasrechnungen gar nicht oder sehr verspätet erfüllt. Die offenen Strom- und Gasschulden der Usia-Betriebe bei den Wiener Stadtwerken sollen bereits mehrere Millionen Schilling betragen.

Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen daher an den Herrn Bürgermeister die nachfolgenden

A n f r a g e n :

1.) Ist es richtig, daß zahlreiche der von der Usia verwalteten Industriebetriebe ihren aus dem Bezug von Strom und

Gas entstandenen Vorphlichtungen gegenüber den Wiener Stadtwerken gar nicht oder nur überaus schleppend nachkommen, sodaß die offenen Strom- und Gasrechnungen der Usia-Betriebe bei den Wiener Stadtwerken bereits mehrere Millionen Schilling betragen?

Für den Fall der Bejahung dieser Frage:

2.) Wie hoch sind derzeit die Außenstände der Usia-Betriebe bei den Wiener Stadtwerken?

3.) Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um auch die von der Usia verwalteten Betriebe ebenso wie alle anderen Strom- und Gasabnehmer zu einer prompten Zahlung zu veranlassen?"

Bürgermeister Jonas teilt mit, daß die Antwort auf schriftlichem Wege erfolgen wird.

528 neue Gemeindewohnungen

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Entwürfe und Kosten für sieben neue städtische Wohnhausanlagen in fünf verschiedenen Bezirken. Diese enthalten insgesamt 528 Wohnungen, 10 Geschäftslokale, mehrere Magazine, Ateliers, Einstellräume und sonstige wichtige Einrichtungen. Die Gesamtkosten betragen 45,5 Millionen Schilling. Davon werden heuer noch rund 5 Millionen Schilling verbaut werden. Mit den Bauarbeiten wird sofort begonnen.

Weiter beschloß heute der Wiener Gemeinderat den Umbau der Feuerwache Leopoldau. Dort soll vor allem ein neuer Steigerturm errichtet werden, während das räumlich unzulängliche erste Stockwerk des Wachgebäudes durch Hebung des Dachstuhles sowie durch Vergrößerung der Schlaf-, Aufenthalts- und Garderoberräume und durch den Einbau von Wasch- und Brauseräumen umgestaltet werden soll. Die Kosten betragen 280.000 Schilling.

Ebenfalls ohne Debatte angenommen wurden die Regulierung eines 600 m langen Stückes des Halterbaches, die Erbauung einer Brücke über den Lainzer Bach im Zuge der Burgenlandstraße und einer zweiten Brücke über die Reichliesing beim "Grünen Baum" in Breitenfurt, die Errichtung einer Fernheizanlage in der Heilanstalt "Am Steinhof" und die Gewährung einer Subvention von 30.000 Schilling an den Verein "Erziehungsheime" und einer Subvention von 3.000 Schilling an den Jagdbeirat der Stadt Wien. Die Tagesordnung umfaßte 59 Geschäftsstücke.

Schluß der Sitzung um 13 Uhr.

Wirtschaftszuschuß für die Gemeindebefürsorgten
=====

27. November (RK) In der heutigen Sitzung des Gemeinderates berichtete Vizebürgermeister Honay über die Gewährung von Wirtschaftsgeldern an die städtischen Dauerbefürsorgten. (Siehe auch Gemeinderatsbericht.) Er teilte mit, daß am 31. Oktober 21.519 Personen in Dauerfürsorge standen, davon waren 17.904 weiblichen und 3.615 männlichen Geschlechtes. Von den 21.519 Dauerbefürsorgten sind 18.123 Hauptunterstützte, die monatlich 270 Schilling, den Mietzins, im Winter einen Heizzuschuß von 70 Schilling im Monat und im Bedarfsfall ärztliche Behandlung, Medikamente sowie Geld- oder Sachbeihilfen erhalten. Die im Haushalt der Hauptunterstützten befindlichen Gemeindebefürsorgten, die sogenannten Mitunterstützten, erhalten, wenn sie älter als 21 Jahre sind, 170 Schilling, die unter 21 Jahre alten 180 Schilling monatlich; ebenso werden ihnen ärztliche Pflege, Heilmittel, Geld- und Sachbeihilfen gewährt.

Vizebürgermeister Honay beantragte nun, daß vom 1. Jänner 1954 an, alle Hauptunterstützten, die mit einem oder mehreren Mitunterstützten im gemeinsamen Haushalt leben, ein Wirtschaftsgeld von 20 Schilling monatlich erhalten sollen, ferner sollen Einzelbefürsorgte, die bis jetzt nur 170 oder 180 Schilling monatlich erhalten haben, dann den Haushaltszuschuß bekommen, wenn im Haushalt keine Personen sind, die von der Gemeinde regelmäßig monatlich unterstützt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es werden dadurch mehr als viertausend Gemeindebefürsorgte dieser Zuwendung teilhaftig werden, wodurch der Gemeinde eine Mehrausgabe von rund 930.000 Schilling jährlich erwächst. Da heuer im April die Dauerunterstützungen für rund 16.000 Alleinstehende und Hauptunterstützte erhöht worden sind, bedeutet die Gewährung dieses Wirtschaftszuschusses für nahezu alle in städtischer Dauerfürsorge befindlichen Personen eine wesentliche Besserstellung.

Eine vorbildliche Leistung:

225 Wohnungen nach 95 Arbeitstagen unter Dach
=====

Stadtrat Thaller über Baukostensenkung - 64.5 km Kanalneubauten

27. November (RK) Heute nachmittag wurde auf der städtischen Baustelle Herzgasse-Dieselgasse in Favoriten, wo die Gemeinde Wien eine große Wohnhausanlage mit 225 Wohnungen, einem Postamt, einem Geschäftslokal und einem Motorradabstellraum errichtet, die Dachgleiche erreicht. Zur selben Stunde haben Bauarbeiter beim Bau des Leopoldauer Sammlers einen weiteren Teil dieses großen Projektes fertiggestellt.

Stadtrat Thaller hielt auf der Baustelle in der Herzgasse eine Ansprache, in der er die dort vollbrachten Leistungen als vorbildlich bezeichnete. Die große Wohnhausanlage haben 125 Bauarbeiter in 95 Arbeitstagen unter Dach gebracht. Der Stadtrat übermittelte für diese Leistung den Arbeitern, Angestellten, Technikern und Ingenieuren der Firma Mayreder, Kraus & Co sowie den Planern und dem Baubüro der Magistratsabteilung 24 den Dank der Stadtverwaltung. "Die Gemeinde Wien", führte Stadtrat Thaller weiter aus, "ist seit nunmehr zwei Jahren, seit wir das feste Preisgefüge haben, bemüht, die Baukosten zu senken. Solche Leistungen, wie die auf dieser Baustelle vollbrachten, unterstützen diese Absichten. Die Magistratsabteilung 24 mit ihrem Leiter, Senatsrat Dipl.Ing. Dr. Pecht, ist seit langem bestrebt, durch bessere Organisation, Vereinheitlichung und Rationalisierung sowie Auswertung großer technischer Kenntnisse und langjähriger Erfahrung auf dem Gebiete der Baukostensenkung entscheidende Fortschritte herbeizuführen. Endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor, doch zeichnet sich schon deutlich merkbar eine bedeutende Baukostensenkung ab. Ohne Zweifel werden die endgültigen Ergebnisse die Fachwelt und die Wiener aufhorchen lassen. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß dabei keine Qualitätsverschlechterung eingetreten ist. Wir bitten alle, uns in dieser Richtung zu unterstützen".

Stadtrat Thaller appellierte dann an die Unternehmer und führte aus, daß mehr Arbeit nicht das Steigen der Preise zur

Folge haben darf, im Gegenteil sie muß zum Sinken der Preise veranlassen. Die Konjunktur auf dem Bausektor, die getragen wird durch das Riesenprogramm der Gemeinde Wien, in dem heuer allein für den Wohnungsbau 630 Millionen Schilling bereitgestellt wurden, darf nicht durch Preissteigerungen bedroht werden. Der Wiederaufbau und Neubau unserer Heimat fordert verantwortungsbewußte Unternehmer und verantwortungsbewußte Arbeiter. Stadtrat Thaller sagte abschließend zu den Bauarbeitern: "Vollbringen Sie noch recht oft so tadellose Leistungen wie diese! Was die Gemeinde Wien dazu beitragen kann, wird sie immer gerne tun!" Die Ausführungen des Stadtrates wurden von allen Teilnehmern an der Gleichfeier mit großem Beifall aufgenommen.

111 Millionen Schilling für Kanalbauten

=====

27. November (RK) Anlässlich der Fertigstellung eines weiteren Bauabschnittes am Leopoldauer Sammler teilte Stadtrat Thaller heute nachmittag mit, daß mit Ende 1953 6.3 km dieser für die Sanierung der Stadtteile links der Donau so wichtigen großen Kanalanlage fertiggestellt sein werden. 2.4 km Kanal waren schon von früher vorhanden. Seit September 1950 bis zum Ende des Vorjahres wurden weitere 1.630 m und heuer 2.294 m fertiggestellt. 5 km müssen noch bewältigt werden. An dieser Baustelle sind ständig 100 Arbeiter beschäftigt.

Stadtrat Thaller gab sodann einen Rückblick auf den Kanalbau seit 1945. Allein für die Wiederherstellung des an 1.765 Stellen beschädigten Wiener Kanalnetzes mußten rund 11 Millionen Schilling aufgewendet werden. Um 81 Millionen Schilling wurden 64.5 km neue Kanäle gebaut. 15 km Kanalumbauten kosteten weitere 19 Millionen Schilling. Insgesamt wurden seit 1945 für den Kanalbau 111,179.650 Schilling ausgegeben.

An diese stolze Bilanz knüpfte Stadtrat Thaller seinen Dank an die Arbeiter, Angestellten und Techniker, an die Bauunternehmen sowie an die Bediensteten der Magistratsabteilung für Kanalbau mit Senatsrat Dipl.Ing. Dr. Stadler an der Spitze.

549 Dienstjubilare im Konzerthaus
=====

27. November (RK) In Anwesenheit von Bürgermeister Jonas und von vielen Ehrengästen feierten heute abend 549 Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe, Beamte, Facharbeiter, Schaffner und Fahrer, ihr 25-, bzw. 40jähriges Dienstjubiläum. Der Bürgermeister übermittelte den Jubilaren an ihrem Ehrentag die Grüße und den Dank der Stadtverwaltung.

Das künstlerische Programm des Festes besorgten das große Orchester und der Chor der Wiener Verkehrsbetriebe unter der Leitung von Dr. Hodik und K. Podlaha mit den Solisten Prof. Smetacek (Violine), und Kammersänger Marousek und weiteren prominenten Künstlern.